

## BDV-Vorsitzender Friedrich Bohl übergibt Staffelstab an Dr. Helge Lach

– 'k-mi'-Interview mit den Vorständen des BDV Bundesverband Deutscher Vermögensberater  
Friedrich Bohl und Dr. Helge Lach (Teil 2) –

Nach knapp 12 Jahren im Amt hat **Friedrich Bohl**, langjähriger Kanzleramtsminister in der Regierung unter **Dr. Helmut Kohl**, den Vorsitz des **Bundesverbandes Deutscher Vermögensberater e.V. (BDV)** anlässlich der Mitgliederversammlung am 10. November an **Dr. Helge Lach** (59) abgegeben. In Teil 1 des 'k-mi'-Interviews erinnert sich Bohl u. a. an politisch-epochal mitgestaltete Eckpfeiler der deutschen Geschichte, bevor er Verbands-Chef wurde. In Teil 2 und im noch folgenden Teil 3 skizziert sein Nachfolger Dr. Lach die gewaltigen Anforderungen, mit denen die Branche derzeit konfrontiert wird.



[Herr Bohl, mit Ihrem Ausscheiden als Vorstandsvorsitzender des BDV endet Ihre zwölfjährige Arbeit für den Finanzvertrieb. Wie viel politische Diplomatie war für diese nicht einfache Aufgabe nötig?](#)

**Friedrich Bohl:** "Da es die Branche politisch auf Berliner und Brüsseler Ebene nicht leicht hat, spornte mich die Aufgabe ganz besonders an. Man kann in der Politik nicht immer mit dem Kopf durch die Wand, sondern muss auch Kompromisse schließen. Wir brauchen auch einen starken Verband, damit die Interessen unserer Mitglieder angemessen berücksichtigt werden. Für diese Anliegen habe ich gekämpft und mich immer sehr gerne eingesetzt."

[Herr Dr. Lach, als neuer Vorsitzender des BDV setzen Sie sich nunmehr verantwortlich für die Interessen von fast 15.000 Vermögensberaterinnen und Vermögensberatern ein. Welche Herausforderungen sehen Sie?](#)

**Dr. Helge Lach:** "Beginnen wir mit Brüssel. Die **MiFID 2** und die **IDD** sollen evaluiert werden. Mit einer Rücknahme von Regulierung rechne ich nicht, obwohl vieles auf den Prüfstand gehören würde, z. B. die überbordenden Dokumentations- und Informationspflichten. Kein Kunde interessiert sich für seitenweise Kleingedrucktes. Auch das **Taping** gehört endlich und dringend auf den Prüfstand. Die Verbraucher sind maßlos verärgert, wenn Telefonate gegen ihren Willen aufgezeichnet werden müssen. Das ist pure Bevormundung, die am Ende dazu führt, dass Vermittler am Telefon keine Auskunft mehr geben. Aus unserer Sicht eine Regulierung, die komplett an den Interessen der Verbraucher vorbeigeht. Die ursprüngliche Idee, telefonische Order beweissicher zu machen, ist zu einem regulatorischen Monster verkommen.



Symbol des Führungswechsels am 10.11.2021:  
**Friedrich Bohl** reicht den Staffelstab weiter an  
**Dr. Helge Lach**

Ein zweites europäisches Thema: Das Thema **Nachhaltigkeit** soll nach dem Willen der Kommission ab August 2022 obligatorisch in der Beratung verankert werden. Wir hoffen sehr, dass bis dahin politische Klarheit dazu geschaffen wurde, was denn nun **ESG**-konforme Geldanlagen und Vorsorgeprodukte sind. Ansonsten sind dem 'Green-Washing' Tür und Tor geöffnet. Damit wäre weder der Sache noch dem Kunden noch dem Berater gedient.

Besondere Aufmerksamkeit in Brüssel erfordert aus unserer Sicht die sogenannte **Kleinanlegerstrategie**. Die Kommission will damit die Beratung nicht mehr über die **MiFID 2** und **IDD**, sondern aus dem Blickwinkel des Verbrauchers regulieren. Ziel ist es, die regulatorischen Vorgaben für die Vermittlung von Versicherungs- und die von Finanzanlagenprodukten zu vereinheitlichen.

### Impressum

**markt intern** Verlagsgruppe – **kapital-markt intern** Verlag GmbH, Grafenberger Allee 337a, D-40235 Düsseldorf. Tel.: +49 (0)211 6698 199, Fax: +49 (0)211 6698 777. www.kmi-verlag.de. Geschäftsführer: Dipl.-Kfm. Uwe Kremer, Rechtsanwalt Gerrit Weber, Dipl.-Ing. Günter Weber. Gerichtsstand Düsseldorf. Handelsregister HRB 71651. Vervielfältigung nur mit Genehmigung des Verlages.

**kapital-markt intern** Herausgeber: Dipl.-Ing. Günter Weber. Chefredakteur: Redaktionsdirektor Dipl.-Kfm. Uwe Kremer, Redaktionsdirektor Rechtsanwalt Gerrit Weber. Redaktionsbeirat: Dipl.-Ing. Dipl.-Oen. Erwin Hausen, Rechtsanwalt Dr. Axel J. Prüm, Christian Prüßing M.A., Dipl.-Oec. Curt Jürgen Wulle. Druck: Theodor Gruda, www.gruda.de. ISSN 0173-3516

Ihr direkter Draht ...



**0211/6698-164**

Fax: 0211/6698-777

e-mail: [kmi@kmi-verlag.de](mailto:kmi@kmi-verlag.de)

... für den vertraulichen Kontakt

Einerseits ist das zu begrüßen. Denn in einer Allfinanzberatung sind unterschiedliche Regeln eher störend und für den Kunden auch nicht nachvollziehbar. Wir haben aber auch Sorge. Erstens, weil bei einer solchen Regulierung vermutlich immer das Maximalniveau allgemeingültig werden würde. Und zweitens sehen wir in Teilbereichen durchaus gravierende Unterschiede. Geldanlagen sind ein Geschäft mit viel Bewegung, Versicherungen hingegen transaktionsarm und langfristig ausgerichtet, da mit ihnen auch elementare Lebensrisiken dauerhaft abgesichert werden. Der Faktor Sicherheit spielt bei der Vermögensbildung über Versicherungen die entscheidende Rolle. Bei der Geldanlage geht es eher um die Liquidität des Kunden und um Rendite."

## MiFID 2, IDD und jetzt noch Kleinanlegerstrategie? Verliert man hier nicht den Überblick?

**Dr. Helge Lach:** "Wir stellen uns längst die Frage: Was soll denn bitte noch alles kommen?"

- Unsere Verbandsmitglieder müssen sich vor Anmeldung ihres Gewerbes registrieren lassen und dafür viele qualitative Anforderungen erfüllen.
- In allen Bereichen sind Qualifikationsnachweise zu erbringen.
- Im Versicherungsbereich gibt es eine Weiterbildungsverpflichtung.
- Vor jeder Beratung muss der Vermittler seinen Status offenlegen.
- Jede Beratung und jeder Abschluss werden bis ins Detail dokumentiert. Bei Falschberatung hat der Kunde so die Möglichkeit, den Vertrag anzufechten.
- Bei Finanzanlagen gibt es zur Beweissicherung das Taping.
- Vermittler müssen für den Fall von Schadenersatzforderungen eine **Berufshaftpflichtversicherung** nachweisen.
- Die Vermittler werden von den Versicherern und Banken, von den **Industrie- und Handelskammern** und von Wirtschaftsprüfern beaufsichtigt.
- Verbraucher haben ggf. die Möglichkeit, mit entsprechenden Beschwerden über Vermittler Unterstützung durch die **BaFin** und die Ombudsleute zu erhalten.
- Zusätzlich haben sich die Branche und wir als Verbände Verhaltenskodices auferlegt, mit denen kundenorientierte Beratung gefördert wird. Wir als BDV schalten uns sofort ein, sollte eines unserer Mitglieder nachweislich gegen die Regeln verstoßen.
- In vielen Bereichen wurden verbraucherorientierte Regelungen zu Begrenzung und Ausgestaltung von Vergütungen an Vermittler geschaffen.
- Versicherer, Banken und Vermittler haben die rechtliche Verpflichtung, alles in ihren Möglichkeiten dafür zu tun, dass keine Interessenskonflikte zwischen Verbraucher und Vermittler entstehen.

Ich wage mit Blick auf den Umfang der Regeln die These, dass es nicht mehr sehr viele Berufsstände gibt, die so engmaschig wie die Vermittler reguliert werden. So kann man einen Berufsstand auch um seine Existenz bringen. Dabei brauchen die Menschen dringend Rat, wenn es um Finanzen und Vorsorge geht.

Aus unserer Sicht ist der beste Verbraucherschutz die räumliche Nähe eines Vermittlers zu seinen Kunden. Wer seinen Kunden morgens beim Bäcker oder am Nachmittag auf dem Sportplatz begegnet, kann sich Falschberatung oder Servicedefizite nicht erlauben."

## Welche Erwartungen haben Sie an die neue Bundesregierung?

**Dr. Helge Lach:** "Erste Konturen der Politik der wohl kommenden **Ampelkoalition** sind erkennbar. Die Vollversicherung soll bleiben. **Bürgerversicherungen** gibt es nicht. Altbekannte Themen wie ein **Provisionsdeckel** in der Lebensversicherung und die BaFin-Aufsicht über Vermittler werden in der Diskussion bleiben. Wir werden dann gefordert sein, unsere immer noch richtigen Argumente erneut einzubringen.

Enttäuschend ist, dass es keine Anzeichen für eine echte **Riester-Reform** gibt. Es wäre ein Leichtes, in einem ersten Schritt die Bruttobeitragsgarantie abzuschwächen. Das ist nicht geplant und damit kann Riester nicht mehr auskömmlich kalkuliert werden. Es ist wohl der politische Wille, dass das Riester-Sparen im Neugeschäft beerdigt werden soll. Das hat die **SPD** ja schon vor den Wahlen mehr oder weniger offen zum Ausdruck gebracht. Stattdessen soll es in der gesetzlichen wie auch in der privaten Altersvorsorge **Staatsfonds** geben. Die Bürger werden dann per staatlichem Zwang noch weniger Netto im Geldbeutel haben, und zwar alle, also auch die, die längst ihre Altersvorsorge geregelt haben."

– Fortsetzung folgt –

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

In Europas größter Informationsdienst-Verlagsgruppe...

...erscheinen die wöchentlichen Branchenbriefe:

steuerberater intern  
immobilien intern  
umsatzsteuer intern  
Ihr Steuerberater  
steuer-tip  
GmbH intern  
EXCLUSIV (Schweiz)



Bank intern  
kapital-markt intern  
finanz-tip  
versicherung-tip  
investment intern  
inside track (USA)